

PROTOKOLL

**über die 32. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Niddatal am 23.06.2014 im Bürgerhaus Assenheim**

Beginn: 20:00 Uhr / Ende: 22:30 Uhr

Als stimmberechtigt waren anwesend: (Tagesordnung: siehe Blatt 2)
(28 / 27 Mitglieder)

Gerhard Einhoff
Michael Hahn
Petra Kremer
Oliver Herbert
Silke Merz
Hans-Joachim Mücke
Florian Porth
Stephanie Rotter
Sven Schäfer
Reinhard Schwarz
Hans-Peter Wittmann
Wernfried Fürtig
Erland Kalbhenn
Heinz Kimmel
Stefan Koschorr
Rolf Lamade
Christian Osmalz
Andreas Momberger
Achim Saßmannshausen - bis TOP 6
Lutz Sierach
Elke Steppan
Christoph Preiser
Markus Nikleniewicz
Dieter Eisenberg
Roland Gosebruch
Barbara Feige
Karl Stier
Dr. Dirk Schneider

es fehlten: Torsten Hahn - entschuldigt
Dennis Brechtel - entschuldigt
Oliver Seuss - entschuldigt

vom Magistrat waren anwesend:

Dr. Bernhard Hertel
Ursula Einhoff
Renate Fritz-Mann
Kurt Meisinger
Arno Menk
Herbert Porth
Erhard Reiter

Schriftführerin: Hannelore Gunkel

TAGESORDNUNG:

TOP

- (1) Freiwillige Feuerwehr Niddatal
Entlassung und Ernennung von Wehrführern und stellv. Wehrführern
- (2) Mitteilungen
- (3) Zweckverband Regionalpark Niddaradweg
Errichtung einer Brücke über die Wetter
Beratung und Beschlussfassung (Vorlage-Nr. 29/2014)
- (4) Radweg zwischen Burg-Gräfenrode und Ilbenstadt
Beratung und Beschlussfassung (Vorlage-Nr. 30/2014)
- (5) Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes
Stellungnahme der Stadt Niddatal (Schulentwicklungsplan liegt vor)
- (6) Beschluss der Haushaltssatzung 2014 mit Anlagen
sowie Beschluss Haushaltssicherungskonzept (Bericht aus HuF)
- (7) Ankauf der Grundstücke Gemarkung Kaichen
Flur 6 Nr. 162/1 und 162/2 (Vorlage-Nr. 28/2014)
- (8) Baugebiet I 11 „An der Steinkaute“
Vergabe eines Straßennamens (Vorlage-Nr. 27/2014)
- (9) Antrag der SPD-Fraktion - Parkplätze Friedhof Kaichen (Bericht aus HuF und BauA)
- (10) Antrag der SPD-Fraktion -
Wegebeschaffenheit Friedhof Kaichen (Bericht aus HuF und BauA)
- (11) Änderung der Buslinie 5 im Stadtteil Bönstadt
Beschlussfassung (Vorlage-Nr. 31/2014)
- (12) Antrag der Fraktion B*90 / Die Grünen
Umbau Kindergarten Kaichen (Vorlage-Nr. 26/2014)
- (13) Gemeinsame Anfrage der Fraktionen CDU / Grüne / FDP (Vorlage-Nr. 05/2014)
Klage gegen den Wetteraukreis wegen Betreuungsschule Mäusezahn

Eröffnung und Begrüßung

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann begrüßt die anwesenden Sitzungsteilnehmerinnen und -Teilnehmer, ebenso die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Niddatal und eröffnet die 32. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Niddatal.

Er stellt fest, dass die Einladungen mit den Tagesordnungspunkten rechtzeitig zugestellt wurden und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Zum Protokoll der 31. Sitzung am 22.05.2014 werden keine Einwände vorgebracht und somit gilt es als beschlossen.

Änderungswünsche zur heutigen Tagesordnung:

Markus Nikleniewicz beantragt für die Fraktionen CDU / Grüne / FDP folgenden **Änderungsantrag zu TOP 6 Haushaltssatzung 2014** mit aufzunehmen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, den bestehenden Vertrag Jugendpflege mit dem evang. Dekanat Wetterau zum 30.06.2014 fristgerecht zu kündigen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 18 Ja- 8 Nein-Stimmen 1 Enthaltung = somit beschlossen

(Abstimmung ohne Dr. Schneider - kam erst später dazu)

Weiter wurde von den Fraktionen CDU / Grüne / FDP ein **Änderungsantrag zu TOP 5 Schulentwicklungsplan** gestellt. Der Stadtverordnetenvorsteher hat mitgeteilt, dass über diesen Antrag (vom 23.6.2014) später als zugehörig zu TOP 5 diskutiert werden soll.

TOP

(1) Freiwillige Feuerwehr Niddatal

Entlassung und Ernennung von Wehrführern und stellv. Wehrführern

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann hat mit seinen Ausführungen auf die Bedeutung einer aktiven Feuerwehr hingewiesen und ihre Unverzichtbarkeit deutlich gemacht. Den hohen Stellenwert einer Freiwilligen Feuerwehr könne man nicht oft genug hervorheben, da sie doch im Notfall für alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt und darüber hinaus immer einsatzbereit ist. Dieses Bewusstsein müsse man nach Außen vertreten und dafür werben, engagierte Bürger hierfür zu gewinnen, denn leider hat auch die Feuerwehr in Niddatal akute Nachwuchssorgen.

Bürgermeister Dr. Hertel bedankt sich vorab für die Gelegenheit, heute anlässlich der StVV die Ernennung, Verpflichtung bzw. Entlassung von Wehrführern und stellvertretenden Wehrführern vornehmen zu können.

Wie Herr Wittmann schon auf das Schreiben unseres Stadtbrandinspektors Bernd Reiter ausgeführt hat, möchte er sich ebenfalls inhaltlich diesen Aussagen anschließen und er weiß auch, wie groß das Nachwuchsproblem bei der Freiwilligen Feuerwehr in unserer Stadt ist. Man müsse dringend Mittel und Wege finden, neue Kameraden zu gewinnen, die bereit sind, hierfür Verantwortung zu übernehmen.

Aus dem Dienst entlassen wurden (auf eigenem Ersuchen bzw. Erreichen der Altersgrenze) die Wehrführer :
Alexander Merkelbach (Assenheim)
Karlfried Faulstich (Kaichen)
= Nachfolger Raimund Schultes (Kaichen)

Ernennungsurkunden erhielten die Wehrführer :
Jürgen Jung (Bönstadt)
Thorsten Haas (Bönstadt)
Christian Behnken (Ilbenstadt)
= Kommissarischer Stellvertreter von Wolfgang Kosta
Kurt Schmidberger

Den ausscheidenden und amtierenden Wehrführern sprach der Bürgermeister seinen herzlichen Dank und Anerkennung aus für die in vielen Jahren geleisteten Dienste zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger. Danach hat er die einzelnen Ernennungsurkunden überreicht und die protokollarische Vereidigung von Raimund Schultes vorgenommen.

Abschließend mit seinem nochmaligen Dank wünscht er gute und gefahrlose Zusammenarbeit, d.h. dass jedes Mitglied wohlbehalten von seinem Einsatz wieder zurückkommen möge.

(2) Mitteilungen

Bürgermeister Dr. Hertel hat folgende Mitteilungen des Magistrates:

Reparatur Friedhofsmauern

Durch den Sturm im Herbst 2012 wurde die Mauer am Eingangsbereich des Friedhofes in Bönstadt so beschädigt, dass diese abgetragen werden musste. Im Jahr 2013 wurde aufgrund des fehlenden Haushaltes der Stadt Niddatal eine Reparatur ins Jahr 2014 verschoben, da kein dringender Handlungsbedarf bestand. Am Eingang Friedhof Ilbenstadt hat sich die Friedhofsmauer (5 m) schon so weit geneigt, dass sie droht auf die Gräber zu fallen.

Der Magistrat hat die Reparatur beider Friedhofsmauern beschlossen und ein in Niddatal ansässiges Unternehmen damit beauftragt. Die Kosten für beide Maßnahmen betragen rund 14.100 Euro.

Neue Pachtpreise für städtische Pachtgrundstücke

Der Magistrat hat in seiner letzten Sitzung die Pachtpreise für städtische Liegenschaften mit Wirkung ab dem 1.11.2016 neu festgelegt. Danach sind für:
Ackerland pro qm = 5 Cent - Grünland = 3 Cent - Gartenland ohne Bebauungsplan = 15 Cent - Gartenland mit Bebauungsplan = 25 Cent - Obstbaumstücke = 15 Cent zu zahlen.

Flüchtlinge - Unterbringung in der Liegenschaft Kaichen :

Wir haben Zuweisungen von 12 Personen in zwei Wohnbereichen untergebracht. Weitere Zuweisungen von 5 Personen werden in einem dritten Wohnbereich einquartiert, so dass wir bis Ende Juli 2014 insgesamt 17 Flüchtlinge aufgenommen haben.

Bauhof

Für den Bauhof haben wir ein neues Fahrzeug für die Wasserversorgung angeschafft. Die Finanzierung dafür wurde durch Sponsoren ermöglicht. Insgesamt haben sich 27 Firmen an der Anschaffung beteiligt. Von dieser Stelle erst einmal ein herzliches Dankeschön; wir werden diese Aktion noch entsprechend würdigen und die Sponsoren namentlich bekannt geben.

Frage von Markus Nikleniewicz : Aus welchem Budget wird die Reparatur der Friedhofsmauern (= 14.000 Euro) finanziert ? Bekanntlich konnte ja der Haushalt 2014 noch nicht verabschiedet werden.

Der Bürgermeister : Da sich zwischenzeitlich die Standfestigkeit der Friedhofsmauern in Bönstadt wie auch Ilbenstadt weiter verschlechtert hat, war dringend Handlungsbedarf gegeben und die Reparaturen mussten umgehend durchgeführt und finanziert werden.

**(3) Zweckverband Regionalpark Niddaradweg
Errichtung einer Brücke über die Wetter
Beratung und Beschlussfassung**

Der Bürgermeister verweist auf die Magistratsvorlage, wonach sich die beteiligten Kommunen an diesem Projekt darüber verständigt haben, eine sichere und attraktive Route entlang der Nidda zu planen, auszubauen und auch zu unterhalten. Dabei soll der Sicherheitsaspekt für Fußgänger und Radfahrer besonders berücksichtigt werden. Die noch offene Frage, ob sich Niddatal an der zu finanzierenden Maßnahme anteilmäßig beteiligt, muss von der StVV entschieden werden.

Dieter Eisenberg hat nach Darlegung der Gründe mitgeteilt, dass seine Fraktion diesen Antrag ablehnen wird. Der finanzielle Aufwand für diese Maßnahme sei gegenüber anderen Projekten, die mehr Priorität haben, nicht vertretbar. Er führt hierzu Beispiele an, wofür man vorrangig Geld ausgeben sollte.

Der Bürgermeister kann den Argumenten von Dieter Eisenberg nicht ganz beipflichten. Er beurteile aus eigener Erfahrung die geschilderte Gefahrensituation anders und würde dem Projekt Wetterbrücke den Vorzug geben.

Florian Porth möchte zur Abklärung der strittigen Frage, dass dieser Punkt in den BauA und HuF überwiesen wird.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer der Überweisung in die beiden Ausschüsse seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 26 Ja- 1 Nein-Stimme 1 Enthaltung = somit so beschlossen

**(4) Radweg zwischen Burg-Gräfenrode und Ilbenstadt
Beratung und Beschlussfassung**

Michael Hahn erinnert, dass über dieses Thema schon mehrmals diskutiert wurde. Leider konnten wir für diese Maßnahme im HuF noch keine Mittel vorsehen und er beantrage, hierüber im BauA und HuF nochmals zu beraten.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer seine Zustimmung „Überweisung in den BauA und HuF“ geben möchte.

Ergebnis: 27 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimme = somit so beschlossen

**(5) Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes
Stellungnahme der Stadt Niddatal**

Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen CDU / Grüne / FDP

Dieter Eisenberg erläutert, dass der gemeinsame Änderungsantrag der drei Fraktionen (vom 23.6.2014) die Fragestellungen der vorherigen Einzelanträge zu TOP 5 = Nr. 2 vom 20.6.2014 und Nr. 3 vom 22.6.2014 abdeckt. Es sollen nunmehr die

**Fragen: 1) Betreuung der Grundschulkinder aus Kaichen und
2) Eingliederung der Eichendorffschule Ilbenstadt nach Assenheim**

zur Diskussion und Abstimmung gestellt werden.

Die textlichen Erläuterungen in den vorgenannten Einzelanträgen können als Begründung angesehen werden.

Weiter soll darüber gesprochen werden: Antrag 1 zu TOP 5 vom 20.6.2014

**Schulentwicklungsplan 2014 des Kreises
Raumnot in Assenheim - Baumaßnahmen**

Hier wurden in den letzten Jahren mehr Klassen gebildet, als Räume vorhanden sind.

Stefan Koschorr beanstandet, dass die vorgenannten Anträge zu kurzfristig den Parlamentsmitgliedern zugestellt wurden. Als Diskussionsgrundlage müssen solche Unterlagen früher zur Verfügung gestellt werden, damit man sich mit den anstehenden Fragen vorher besser befassen kann. Er möchte daher TOP 5 zurückstellen bzw. beantragen, in den Ausschuss zu überweisen.

Nach einem weiteren Einwand von Florian Porth hat Dieter Eisenberg konkretisiert, dass mit Rücksicht auf den jetzt knappen Zeitplan in einer Sondersitzung mit dem SozA (Anfang Juli ?) die weitere Vorgehensweise abgesprochen

wird und danach der Magistrat ausformuliert, was als Ergebnis dem Wetteraukreis unterbreitet werden soll.

Der Bürgermeister bestätigt, dass die Zeitschiene jetzt sehr eng geworden ist; das Schreiben vom Wetteraukreis ist vom 2.6.2014 und gibt darin einen Termin bis 4.7.2014 vor. Weiter hat er mitgeteilt, dass er zu dem Inhalt der Anträge 2 und 3 zwischenzeitlich recherchiert habe, inwieweit die gemachten Aussagen zutreffend sind. Danach stelle sich der Sachverhalt nach Aussage der Beteiligten anders dar. Er habe nicht den Eindruck, dass jetzt Veränderungen anstehen bzw. auch gewünscht werden.

Den Antrag 1 (20.6.2014) „Raumnot in Assenheim“ hat der Bürgermeister ebenfalls kritisch zur Kenntnis genommen. Er könne sich dieser Meinung nicht anschließen. Sicherlich gab es Engpässe bei der Belegung von Klassenräumen, die jedoch bisher von dem Schulträger geregelt werden konnten. Im Zuge der Baumaßnahme Turnhallen-Neubau werden ohnehin zusätzliche Räume für Schulkinder geschaffen und er werde daher den jetzt vorliegenden Antrag nach weiteren Baumaßnahmen nicht unterstützen und auch keine Zustimmung herbeiführen.

Dieter Eisenberg hat angekündigt, dass man sich mit den anderen Fraktionen noch verständigen wird, den Antrag Ilbenstadt zurückzunehmen. Er hat jedoch eingeräumt, dass der Anlass dieser Antragstellung schon berechtigt war, wenn auch der eine oder andere Aspekt jetzt entkräftet werde. Weiter verweist er auf den Schulentwicklungsplan, der so nicht vollständig dargestellt sei. Zu der für Anfang Juli anstehenden Sonder-sitzung möge man auch den betroffenen Personenkreis (Schulleiter, Elternbeiräte usw.) einladen.

Reinhard Schwarz bittet die drei Fraktionen, über den vorliegenden Änderungsantrag (vom 23.6.2014) noch einmal intern zu beraten und danach heute auch abstimmen zu lassen. Er hat mit seinem Verständnis zu diesem Sachverhalt deutlich gemacht, welche Bedeutung dem Schulentwicklungsplan beizumessen sei und hat dabei die Aussagen des Bürgermeisters kritisch kommentiert. Bei Planungen und Entscheidungen für unsere Schulstandorte müssen absehbare Veränderungen rechtzeitig berücksichtigt werden, hat er nachdrücklich gefordert.

Nach weiteren Diskussionsbeiträgen wurde **von 21:15 bis 21:25 Uhr eine Pause** eingelegt.

Michael Hahn hat nach Absprache mit den Fraktionen CDU / Grüne / FDP folgenden Änderungsantrag (mit kleinen Korrekturen) vorgetragen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, in seiner Stellungnahme an den Wetteraukreis zum Schulentwicklungsplan unmissverständlich zu fordern, dass

1. die bislang in der GSS in Assenheim beschulten Kinder aus Kaichen nunmehr der Eichendorffschule in Ilbenstadt zugeordnet werden;
2. sofern die Schulleiterstelle der Eichendorffschule frei werden sollte, diese nicht neu besetzt wird, sondern die Eichendorffschule als Außenstelle der GSS geführt wird.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem **vorgenannten Antrag** seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 15 Ja- 12 Nein-Stimmen 1 Enthaltung = somit beschlossen

Weiter wurde zur Abstimmung gestellt, wer dem Antrag von B'90 / Die Grünen „**Schulraumnot in Assenheim**“ seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 3 Ja- 21 Nein-Stimmen 4 Enthaltungen = somit abgelehnt

(6) Beschluss der Haushaltssatzung 2014 mit Anlagen sowie Beschluss Haushaltssicherungskonzept

Gerhard Einhoff berichtet, dass über diesen Punkt ausführlich beraten wurde und hat hierzu auch Erläuterungen gegeben. Die danach erfolgte Abstimmung zur den einzelnen Haushaltsblöcken wurden alle positiv empfohlen mit folgender Stimmenverteilung:

Investitionsprogramm als Ganzes	=	9 Ja-Stimmen	
Ergebnishaushalt	=	8 Ja-Stimmen	1 Enthaltung
Finanzhaushalt	=	9 Ja-Stimmen	
Stellenplan	=	5 Ja- 3 Nein-Stimmen	1 Enthaltung
Haushaltssatzung	=	8 Ja-Stimmen	1 Enthaltung

Michael Hahn möchte zu der letzten HuF- Sitzung noch folgendes Statement der CDU-Fraktion abgeben:

Seine Fraktion sei verärgert über die Haltung des Bürgermeisters. Man habe über den Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes sehr intensiv -- kontrovers, aber auch konstruktiv diskutiert. Die Sparmaßnahmen wurden in einer sogenannten „Giftliste“ zusammengefasst, über die im Parlament noch zu beschließen ist. Danach wurde aber erkennbar, dass die Unterstützung des Bürgermeisters für diese Entscheidungen nicht mehr konform ist mit dem Konsens, der vorher in der Sitzung erreicht wurde. -- Michael Hahn appelliere an die Verantwortung des Kämmerers der Stadt Niddatal, unpopuläre Entscheidungen auch bis zur Umsetzung mitzutragen.

Die CDU-Fraktion beantrage daher, diesen TOP bis zur nächsten StVV (22.7.2014) zu vertagen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem Antrag auf **Verschiebung des TOP 6 auf die nächste StVV am 22.7.2014** seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 16 Ja-Stimmen 12 Nein-Stimmen = somit beschlossen

Bürgermeister Dr. Hertel nimmt die Kritik der CDU-Fraktion zum Anlass, hierzu eine persönliche Erklärung abzugeben.

Er weise die Unterstellung zurück, als Kämmerer der Stadt sich seiner Verantwortung entziehen zu wollen. Nicht ohne Grund habe er in einem Begleitbeschluss im Haushaltssicherungskonzept verdeutlicht, dass die Kommunen von Bund und Land finanziell besser ausgestattet werden müssen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. In dem jüngsten Herbstlerlass verlangt man u.a. kostendeckende Gebühren, was die soziale Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern erheblich belastet.

Selbst bei Ausschöpfung aller Möglichkeiten erhalte man keinen ausgeglichenen Haushalt. Ihm sei sehr daran gelegen, seinen Verpflichtungen auch nachzukommen und er stehe dafür ein, das soziale Zusammenleben in unserer Stadt auch künftig zu verteidigen und zu bewahren. –

Den Punkt Haushalts sicherungskonzept möchte er bis zur nächsten StVV vertagen.

Dieter Eisenberg hat zum **Haushalt 2014 folgende Erklärung**, die er im Protokoll festhalten möchte:

Bekanntlich ist in 2003 das Betreuungsangebot Mäusezahn für Grundschüler vom Schulgelände in die Kita verlegt worden. Die Betriebskosten für Mäusezahn einschließlich Abschreibungen werden im Haushalt seitdem unter „Kinder- und Jugendhilfe“ veranschlagt. Das ist falsch! Ich werde das Rechnungsprüfungsamt und die Kommunalaufsicht des Kreises wegen dieser falschen Kostendeklaration einschalten.

Es gibt in Hessen zwei Betreuungsmöglichkeiten für Grundschüler: den Hort nach dem KJHG und die Schulträger-Einrichtung nach § 15 Abs 2 Schulgesetz.

Für den Hort benötigt man eine Betriebserlaubnis vom Landesjugendamt. Diese liegt für Mäusezahn nicht vor, da Mäusezahn noch nicht genehmigungsfähig ist, weil Räume und Fachpersonal fehlen.

Seit Jahren wird bemängelt, dass die Kosten für Mäusezahn falsch veranschlagt sind, da sie getrennt von den Kitakosten unter Schule gebucht werden. Es handelt sich hier um eine freiwillige Leistung der Stadt, die aber dem Kreis zugeordnet werden muss, während die Kitakosten eine Pflichtaufgabe der Stadt sind. Diese müssen getrennt nach ihren unterschiedlichen Aufgaben ausgewiesen werden.

Bekanntlich klagt die Stadt bei VG Gießen gegen den Kreis auf Erstattung der Kosten für Mäusezahn. Es sollte in diesem Zusammenhang auf alle Fälle vermieden werden, bei den Kosten für Mäusezahn von einem „illegalen Hort“ zu sprechen, da dies womöglich negativ unsere Klage beeinflussen könnte. Im Haushalt muss eine übereinstimmende Formulierung verwendet werden, wie sie auch der Klage zugrunde liegt. Es darf also keine gegensätzliche Rechtsauffassung vertreten werden.

(6 a) Änderungsantrag der Fraktionen CDU / Grüne / FDP Vertrag Jugendpflege

Michael Hahn erläutert den Hintergrund dieses Antrages. Wie er betont, wolle man die Jugendarbeit damit nicht in Frage stellen, sondern eine vorgegebene Frist einhalten, den bestehenden Vertrag mit dem evang. Dekanat zu kündigen.

Als nächsten Schritt wird man den Magistrat beauftragen, mit dem Dekanat und den Beteiligten ein neues Konzept auszuarbeiten.

Achim Saßmannshausen ging mit seinem Einwand auf die im Ausschuss besprochenen Kürzungen für Vereine ein, wovon auch die Jugendarbeit betroffen wäre. Er plädiert dafür, die finanzielle Unterstützung für die Jugendarbeit beizubehalten und die Arbeit nicht zu gefährden. Man könne nicht davon reden, dass dieses Projekt gescheitert sei, hat er ausdrücklich betont.

Florian Porth revidierte die vorherige Aussage, „die Jugendarbeit sei gescheitert“ und stellte klar, dass man an einer Fortsetzung dieses Projektes interessiert sei.

Auch Michael Hahn hat zurückgewiesen, die CDU wolle die Unterstützung für die Jugendarbeit komplett streichen bzw. Kürzungen vornehmen. Er verwies dabei auch auf das Haushaltsicherungskonzept, das ja bekanntlich noch nicht verabschiedet wurde. Er möchte den von Dr. Hertel zuvor ergänzend formulierten Antrag (Punkt 2) wie folgt stellen und darüber abstimmen lassen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1) Der Magistrat wird beauftragt, den bestehenden Vertrag Jugendpflege mit dem evang. Dekanat Wetterau zum 30.06.2014 fristgerecht zu kündigen.
- 2) Gespräche mit dem evang. Dekanat aufzunehmen, um die Jugendarbeit auf eine neue Basis zu stellen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem so formulierten Antrag seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 26 Ja-Stimmen 2 Enthaltungen = somit so beschlossen

(7) Ankauf der Grundstücke Gemarkung Kaichen Flur 6 Nr. 162/1 und 162/2

Der Bürgermeister erklärt, dass uns diese Grundstücke angeboten wurden. Da die Stadt immer wieder mal Flächen benötigt, um diese bei Bedarf einzutauschen, haben wir die HLG beauftragt, diese Grundstücke zu erwerben. Hierfür soll der Preis gezahlt werden, der in Kaichen üblich ist. Sollte ein Angebot zu einem höheren Preis gemacht werden, wird die Stadt bzw. HLG keinen Gebrauch davon machen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer diesem Grundstückserwerb seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 27 Ja-Stimmen = einstimmig so beschlossen

(8) Baugebiet I 11 „An der Steinkaute“ - Vergabe eines Straßennamens

Michael Hahn hat entgegen dem zuerst genannten Vorschlag „Am Grohberg“ beantragt, die neue Erschließungsstraße „**Am Lohberg**“ zu benennen, da diese Bezeichnung einen näheren Bezug zu Niddatal, d.h. zu unserer Region hat.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem Straßennamen „Am Lohberg“ seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 26 Ja-Stimmen 1 Enthaltung = somit so beschlossen

(9) Antrag der SPD-Fraktion - Parkplätze Friedhof Kaichen

(10) Antrag der SPD-Fraktion - Wegebeschaffenheit Friedhof Kaichen

Florian Porth berichtet, dass über diese beiden Punkte im BauA und HuF in der letzten Sitzung beraten wurde. Nach längerer Diskussion hat man sich darauf verständigt, dass der Magistrat eine Kostenschätzung für den Ausbau der Parkplätze am Friedhof und für den Friedhofsweg einholen möchte. Für diesen Vorschlag gab es 9 Ja-Stimmen 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung = somit positive Beschlussempfehlung für beide Punkte.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dieser Beschlussempfehlung seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 24 Ja-Stimmen 2 Nein-Stimmen 1 Enthaltung
= somit so beschlossen

(11) Änderung der Buslinie 5 im Stadtteil Bönstadt - Beschlussfassung

Dieter Eisenberg hat am 23.6.2014 einen Änderungsantrag zu TOP 11 per Mail verteilen lassen, der wie folgt lautet:

Fraktion Die Grünen - Änderungsantrag zu TOP 11

1. Die neue Haltestelle am nördlichen Ortseingang von Bönstadt wird nicht in der Kurt Schumacher Straße, sondern auf der Assenheimer Straße, in Höhe des Sportplatzes eingerichtet.
2. Die neue Wendeschleife in der Ortsmitte wird in der Reihenfolge Florstädter Weg - Sternbacher Straße - Viehweg - Assenheimer Straße befahren.

Weitere Einzelheiten hierzu sind ausführlich in der Begründung aufgeführt.

Rolf Lamade hat angemerkt, dass hier noch Beratungsbedarf bestehe und dieser Änderungsantrag daher in den BauA und SoZA überwiesen werden sollte.

Dem Bürgermeister liegt dieser Änderungsantrag nicht vor bzw. ist auch nicht in der Verwaltung, ließ er wissen.

Auf Rückfrage von Markus Nikleniewicz hat er erläutert, dass die vorgeschlagene Fahrroute mit Haltestellen von der VGO kommen, für die man uns noch um Zustimmung bittet. Da die VGO diese Fahrstrecke nach den Sommerferien anfahren möchte, bleibt uns nicht mehr viel Zeit, gewünschte Änderungen noch vorzutragen. Wir sollten daher den Ausschuss ermächtigen, hier ohne vorherige Abstimmung handeln und entscheiden zu können.

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt zur Abstimmung, wer dem Antrag auf Überweisung in den BauA und SoZA seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 20 Ja-Stimmen 3 Nein-Stimmen 3 Enthaltungen
= somit so beschlossen

(Abstimmung ohne Reinhard Schwarz)

Weiter wird noch abgestimmt, wer seine Zustimmung geben möchte, den BauA und SozA zu ermächtigen, ohne vorherigen StVV-Beschluss Entscheidungen zu treffen.

Ergebnis: 23 Ja-Stimmen 3 Enthaltungen = somit so beschlossen

(Abstimmung ohne Reinhard Schwarz)

**(12) Antrag der Fraktion B'90 / Die Grünen
Umbau Kindergarten Kaichen**

Dieter Eisenberg hat die Notwendigkeit der Baumaßnahme kurz erläutert und beantragt, diesen Vorgang zur weiteren Bearbeitung in den BauA und SozA zu überweisen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer der Überweisung in die beiden Ausschüsse seine Zustimmung geben möchte.

**Ergebnis: 20 Ja-Stimmen 3 Nein-Stimmen 3 Enthaltungen
= somit so beschlossen**

(Abstimmung ohne Reinhard Schwarz)

**(13) Gemeinsame Anfrage der Fraktionen CDU / Grüne / FDP
Klage gegen den Wetteraukreis wegen Betreuungsschule Mäusezahn**

Der Bürgermeister hat die gewünschten Auskünfte wie folgt mitgeteilt:

1) *Wann wurde die Klage beim Verwaltungsgericht eingereicht ?*

Antwort: am 30.05.2014

2) *Wie lautet der vollständige Text der Klageschrift ?*

Siehe Klageschrift der Kanzlei am Schillerplatz, Wetzlar - wird den Fraktionsvorsitzenden ausgehändigt.

Nach diesem umfangreichen Programm war das für heute Abend der letzte Tagesordnungspunkt und der Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann hat um 22:30 Uhr die Sitzung für beendet erklärt.

Er bedankt sich wieder für die rege und engagierte Mitarbeit und wünscht den Damen und Herren einen guten Nachhauseweg.

Wittmann
Stadtverordnetenvorsteher

Gunkel
Schriftführerin